

LANDESARBEITSKREIS CHRISTLICH DEMOKRATISCHER JURISTEN

Baden-Württemberg

PRESSEMITTEILUNG

20. März 2015

CDU-Juristen fordern: „Staatliche Neutralität nicht verspielen“ – Kopftuch und Turban gehören nicht auf die Richterbank

Die jüngste Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) zum Schulgesetz von Nordrhein-Westfalen, die ein pauschales Verbot des Tragens von Kopftüchern im Unterricht beanstandet hat, lässt sich nicht ohne weiteres auf andere staatliche Bereiche übertragen. Darauf weisen derzeit die CDU-Juristen hin. Die spezifischen Erwägungen zur Schule sowie Vergleiche mit der Ordenskleidung kirchlicher Lehrerinnen sowie das Verhältnis Lehrer-Schüler geben für andere hoheitliche Bereiche nur sehr wenig her.

Die Bekleidungs Vorschriften für Organe der Rechtspflege oder die Anzugsordnung der Bundeswehr sind in ihrem Anspruch weitergehend und betreffen einen Kernbereich staatlicher Aufgabenerfüllung. „Vor allem die Justiz wäre schlecht beraten, als neutrale Streitinstanz hieran zu rütteln“, so der LACDJ-Landesvorsitzende Alexander Ganter. Die derzeitige Entwicklung, die von vielen auch als „kultureller Rückwärtsgang“ empfunden wird, sollte nun nicht vorschnell in andere Bereiche übertragen werden. Das Kopftuch stehe für viele vor allem für den politischen Islam und auch die Scharia, was nicht zur weltlichen Justiz der Bundesrepublik Deutschland passe.

Konfessionelle oder kulturelle Symbole sind dabei ebenso geeignet, die Neutralität der Justiz in Frage zu stellen wie Zeitgeist-Mode. „Wenn der ehrenamtliche Richter seinen Gewerkschaftssticker vom Revers nehmen muss, darf die Berufsrichterin nicht durch ein Kopftuch ihr Verständnis zum Sozialgefüge zum Ausdruck bringen“, so Ganter, Strafrichter in Mosbach. „Mein Stellvertreter Uttam Das, Richter mit indischen Wurzeln,

lässt jedenfalls seinen Turban auch weiterhin zu Hause“. Justitia dürfe ebenso wenig die Augenbinde abgenommen werden wie ihr ein Kopftuch übergestülpt werden sollte, so Ganter abschließend.

Der LACDJ unterstützt und berät die baden-württembergische CDU bei rechts- und justizpolitischen Themen und trägt so zur Meinungsbildung bei. Im LACDJ findet sich das breite Spektrum der juristischen Berufsgruppen im Land wieder.